

Michael Diettrich

Vortrag auf dem AQUAFORUM am 27.04.2018:

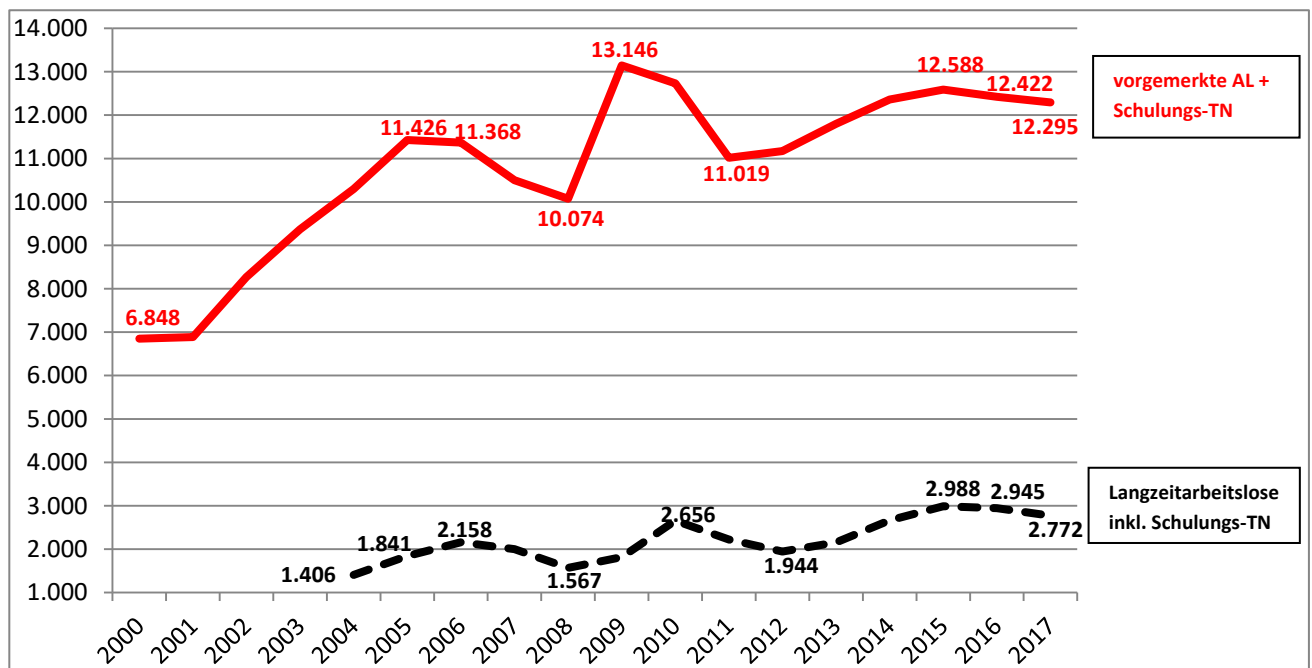
## Strukturelle Arbeitslosigkeit: Gibt es eine von der Konjunktur unabhängige Arbeitslosigkeit?

oder

### Warum jetzt nur noch Strukturreformen helfen (sollen)

Abgesehen von den Krisenjahren 2009/10 erreichte die Arbeitslosigkeit in Vorarlberg im Jahr 2015 einen historischen Spitzenwert (*Tabelle 1*): einschließlich Schulungsteilnehmer fast 12.600 Arbeitslose bei einer Arbeitslosenquote von 6,1% nach nationaler Rechnung. Bis 2017 sanken die Zahlen leicht auf knapp 12.300, was einer Quote von 5,8% entspricht. Die gleiche Entwicklung zeigt sich auch bei den Langzeitarbeitslosen: Deren Zahl ging im gleichen Zeitraum von rund 3.000 auf gut 2.770 zurück. Beide Trends halten auch zu Beginn dieses Jahres an.

**Tabelle 1: vorgemerkte Arbeitslose u. Langzeitarbeitslose einschl. SchulungsteilnehmerInnen in Vorarlberg 2000 bis 2017 (absolute Zahlen)<sup>1</sup>**

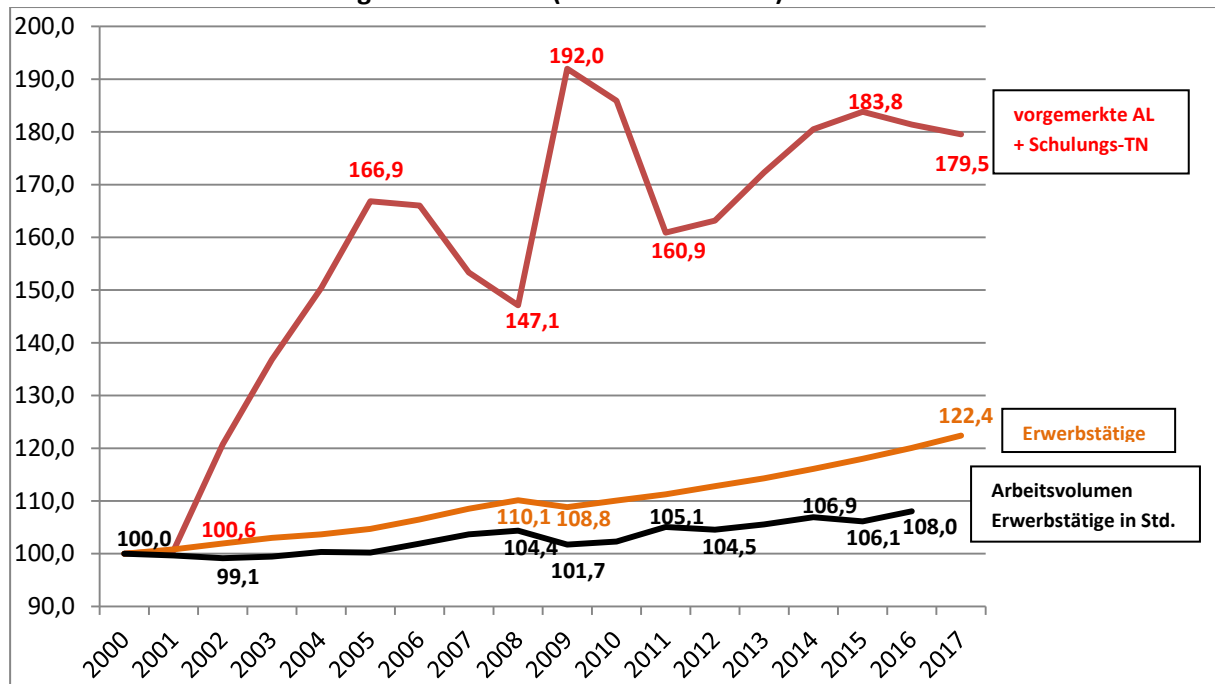


Quelle: AMS Vorarlberg

Diese leichte Entspannung veranlasste Landeshauptmann Wallner auf einer Pressekonferenz im Jänner dieses Jahres zu der Feststellung, Vorarlberg sei in der Nähe der Vollbeschäftigung angekommen. Die These des Landeshauptmanns ist insofern bemerkenswert, als wir letztes Jahr immer noch 80 Prozent mehr arbeitslose Menschen in Vorarlberg hatten als im Jahr 2000 und gut doppelt so viele Langzeitarbeitslose wie 2004. Auch sein Verweis auf die sog. Rekordbeschäftigung mit gut 162.000 Erwerbstätigen im letzten Jahr ist nicht wirklich stichhaltig. Das sind zwar rund 22 Prozent mehr Erwerbstätige als vor 18 Jahren, aber die vorhandene Arbeit (das Arbeitsvolumen in Stunden) ist nicht einmal halb so stark gewachsen (*Tabelle 2*). D.h., wir verteilen einfach unwesentlich mehr Arbeit auf mehr Erwerbstätige, was u.a. die hohe Zahl derjenigen erklärt, die von ihrer Arbeit nicht leben können.

<sup>1</sup> Die Langzeitarbeitslosen werden in den Arbeitsmarktberichten des AMS Vorarlberg erst seit 2004 gesondert ausgewiesen

**Tabelle 2: vorgemerkte Arbeitslose einschl. SchulungsteilnehmerInnen, Erwerbstätige und Arbeitsvolumen in Vorarlberg 2000 bis 2017 (Index: 2000 = 100)<sup>23</sup>**



Quelle: AMS Vorarlberg, Statistik Austria

Man sollte folglich genauer nachfragen, was wirklich gemeint ist, wenn heutzutage jemand von **Vollbeschäftigung** spricht. In jedem Fall ist nicht es dasselbe, was man in der Vergangenheit darunter verstand. Eine Anekdote soll das veranschaulichen.

Wir werden heute in der Republik Österreich mit knapp 9 Mio. Einwohnern ja geradezu euphorisch, wenn die Zahl der Arbeitslosen auf 400.000 gesunken ist. Das sah der ehemalige französische Staatspräsident George Pompidou noch völlig anders. Er kam im Herbst 1973, schon von schwerer Krankheit gezeichnet, in eine Ministerratssitzung und verkündete: „Messieurs, dames, ich muss Ihnen eine ernste Mitteilung machen.“ Alle glaubten, er werde nun seinen Rücktritt verkünden. Stattdessen fuhr er mit besorgter Miene fort: „Die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich hat die Grenze von 400.000 überschritten.“ Wohlgermerkt: Frankreich hatte damals 53 Mio. EinwohnerInnen!

Auch für den deutschen Sachverständigenrat war vor 50 Jahren Vollbeschäftigung erst ab einer Arbeitslosenrate von maximal 0,8 Prozent erreicht. Nach heute dominierender Lehre dürfen es hingegen 3 bis 5 Prozent sein, für Österreich orientiert man sich derzeit an 3,5 bis 4 Prozent. – wohlgermerkt nach den Kriterien der internationalen Arbeitsorganisation, deren Quoten aus methodischen Gründen niedriger liegen als die der nationalen Berechnung. Aus diesem Blickwinkel wäre die Vollbeschäftigung in Vorarlberg wahrscheinlich sogar schon erreicht.

<sup>2</sup> Die Form der Indizierung wurde gewählt, um die von ihrer absoluten Größe her sehr unterschiedlichen Werte in ihrem Verlauf vergleichbar zu machen und grafisch darzustellen: Die absoluten Werte der Arbeitslosen (Werte im ein- bis zweistelligen Tausenderbereich) und des Arbeitsvolumens (Werte im Bereich von Hunderten von Millionen) wurden für das Bezugsjahr 2000 auf den Wert 100 gesetzt. In den Folgejahren wurde dieser Basiswert 100 um die jährliche prozentuale Veränderung erhöht bzw. verringert. Wegen der unterschiedlichen Größenordnung der zugrundeliegenden absoluten Zahlen stellen sich die jeweiligen Veränderungen in den grafischen Verläufen allerdings auch unterschiedlich ausgeprägt dar: Die Kurve der Arbeitslosen verläuft mit größeren Schwankungen, die des Arbeitsvolumens (Arbeitsstunden) gleichmäßiger. Für die Interpretation der Kurven ist deshalb ihre tendenzielle Form bedeutsam, nicht das Ausmaß der Ausschläge. Dies gilt auch für die weiter unten stehenden Tabellen 4 und 5.

<sup>3</sup> Die Daten für das Arbeitsvolumen in Std. liegen bei STATISTIK AUSTRIA nur bis 2016 vor.

Dass derart hohe Arbeitslosigkeit als Vollbeschäftigung bezeichnet wird, hat viel mit dem Konstrukt einer sog. **strukturellen Arbeitslosigkeit** zu tun. Bei diesem Konstrukt geht es um eine **fiktive Arbeitslosenrate**, die gänzlich **unabhängig von den Konjunkturzyklen** sein soll und **von konjunkturellen Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt nicht beeinflusst** wird. Sie ist weitgehend identisch mit dem, was gerne auch als „Sockelarbeitslosigkeit“ bezeichnet wird. Da sie per definitionem empirisch nicht beobachtbar ist, erschließt sie sich nur aus **Modellrechnungen**. Die Annahme ist, dass eine tatsächliche Arbeitslosigkeit, die niedriger als die strukturelle Arbeitslosigkeit ist, nicht mehr mit konjunkturfördernden Maßnahmen wie z.B. gezielte staatliche Nachfrage- und Investitionspolitik oder öffentliche Beschäftigung zu bekämpfen ist, sondern ausschließlich mit Strukturreformen.

Der tiefere Begründungszusammenhang des Konstrukts drückt sich in der Bezeichnung für die entsprechende Modellrechnung der EU-Kommission aus: **NAIRU**. Das Kürzel steht für „*inflationstable Arbeitslosenquote*“<sup>4</sup> und meint eine bestimmte Arbeitslosenquote, deren Unterschreitung eine sich beschleunigende Inflation zur Folge hat. Das ebenfalls gebräuchliche Kürzel **NAWRU** ist gewissermaßen synonym und bezeichnet eine Arbeitslosenquote, „*bei der kein Inflationsschub durch Lohnerhöhungen ausgelöst wird*“<sup>5</sup>.

In der Tat gibt es einen empirisch belegten Zusammenhang zwischen der Höhe der Inflation und der Arbeitslosigkeit, der sich in der sog. Phillips-Kurve niederschlägt: Niedrige Arbeitslosigkeit geht demzufolge mit hoher Inflation einher, hohe Arbeitslosigkeit mit niedriger. Bis weit in die 1970er Jahre lagen die wirtschaftspolitischen Prioritäten in dieser Korrelation klar auf Seiten der Vollbeschäftigung. Im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 1967 war Vollbeschäftigung sogar als Staatsziel ausdrücklich aufgeführt, das gegebenenfalls mit Konjunktur- und Beschäftigungsprogrammen durchzusetzen war. Die dahinter stehende wirtschaftspolitische Haltung spiegelt sich in dem Satz, „*fünf Prozent Inflation sind leichter zu ertragen als fünf Prozent Arbeitslosigkeit*“, der dem ehemaligen bundesdeutschen Kanzler Schmidt zugeschrieben wird.<sup>6</sup>

Eine Änderung trat erst in den 1980er Jahren mit der Durchsetzung der neoliberal-monetaristischen Vorstellungen von Milton Friedman in den Wirtschaftswissenschaften ein. Mit dem **Monetarismus** erhielt die **Geldwertstabilität** oberste wirtschafts- und finanzpolitische Priorität, Inflation galt als wachstumshemmend. Staatliche konjunktur- und nachfragefördernde Programme wurden als unzulässige Eingriffe in das Marktgeschehen betrachtet. Sie sollten zudem auf lange Frist keine Wirkung haben, weil sie vor allem die Inflation steigern würden. Sie seien deshalb auch nicht geeignet, Arbeitslosigkeit zu senken, da die Arbeitslosigkeit „in der langen Frist“ infolge der steigenden Inflation wieder auf eine sog. „**natürliche Arbeitslosenrate**“ zurückfallen würde. Eine hohe „natürliche“ Arbeitslosigkeit könne deshalb auch nicht durch staatliche Nachfrage- und Investitionspolitik oder öffentliche Beschäftigung behoben werden, sondern eben nur mit **angebotsseitigen Strukturreformen**. Friedmans „natürliche Arbeitslosigkeit“ war die Geburtsstunde der heutigen Konzepte „struktureller Arbeitslosigkeit“ und der Methoden zu ihrer Beseitigung: NAIRU oder NAWRU berechnen nichts anderes als diese „natürliche Arbeitslosigkeit“ und von nichts anderem spricht wohl auch unser Landeshauptmann, wenn er von Vollbeschäftigung redet.

Interessant ist ein Blick auf die Strukturen, die sich negativ auf das Beschäftigungsniveau auswirken sollen und dringend reformiert gehören: Einleuchtend ist noch eine **mangelnde Übereinstimmung zwischen den Anforderungsprofilen offener Stellen** einerseits und den **Qualifikationen Arbeitssuchender** andererseits, was allen hier im Raum unter den Stichworten **Fachkräftemangel**

<sup>4</sup> NAIRU = non-accelerating inflation rate of unemployment

<sup>5</sup> NAWRU = non accelerating wage rate of unemployment

<sup>6</sup> Süddeutsche Zeitung vom 28.07.1972

und **gering qualifizierte Langzeitarbeitslose** geläufig sein dürfte. Wer aber meint, das sei schon die ganze Strukturproblematik, liegt völlig daneben: In der einschlägigen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur werden u.a. Faktoren herangezogen wie

- die Höhe und Dauer des **Arbeitslosengeldes** bis hin zu den **Sozialleistungen**,
- das Ausmaß des **Kündigungsschutzes**,
- die **Arbeitszeitregelungen**,
- der Grad der **Gewerkschaftsbindung**,
- **Mindestlöhne** etc.

Es braucht keine Phantasie, um den Zusammenhang dieser „Strukturen“ zu den **die Inflation potenziell antreibenden Löhnen** herzustellen. Das gilt auch für den gewerkschaftlichen Organisationsgrad: Ist der hoch, stärkt er die Macht der Gewerkschaften bei der Lohngestaltung und ihren Einfluss auf die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen.

Letztlich geht es bei den Strukturreformen also um nichts anderes als um die **Senkung der Arbeitskosten** respektive der Löhne. Deshalb lassen sie sich auch problemlos als Mittel der Wahl zur Steigerung der **Wettbewerbsfähigkeit** propagieren. Dies ist insofern ganz praktisch, als sich die monetaristische Theorie zur Steuerung der Geldwertstabilität zwischenzeitlich als völlig unbrauchbar erwiesen hat: Keine Zentral- oder Notenbank weltweit arbeitet noch nach ihren Empfehlungen – ausgenommen die im deutschsprachigen Raum.

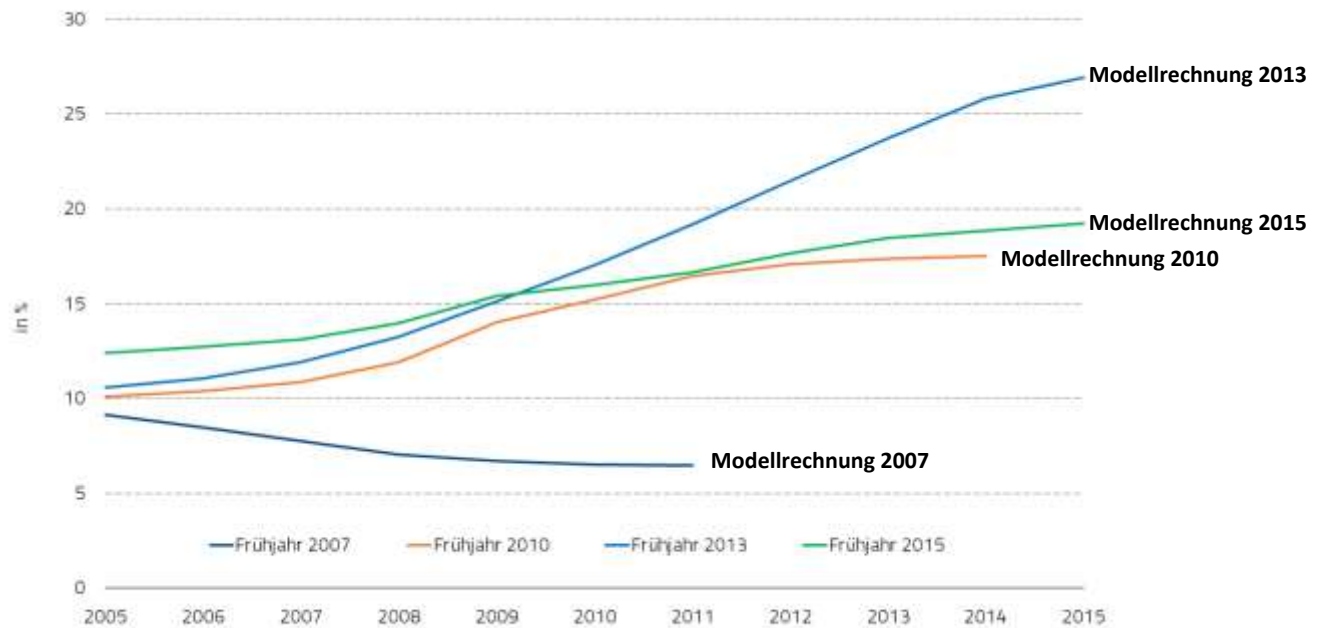
Sollten Sie bisher Zweifel gehabt haben, was meine Ausführungen mit Ihrer Praxis zu tun haben, empfehle ich Ihnen einen Blick ins **neue Regierungsprogramm**:

- Die Abschaffung der **Notstandshilfe**,
- die Verschärfung der **Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose**,
- die Verlängerung der **täglichen Arbeitszeit**,
- die Verlagerung der **Arbeitszeitregelungen auf die Betriebsebene**,
- die Infragestellung der **Pflichtmitgliedschaft in den Kammern** bis hin
- zur Senkung der **Lohnnebenkosten**

leiten sich lückenlos aus dem beschriebenen Konzept ab – auch wenn sie wohlklingend anders begründet werden. Selbst der **Stopp der Aktion 20.000** und die **Kürzung von Beschäftigungsprogrammen für Langzeitarbeitslose** lassen sich damit begründen: Sollten wir tatsächlich – wie angenommen - auf Vollbeschäftigung zusteuern, würden sie nur die Inflation erhöhen oder – nach neuerer Lesart – die Wettbewerbsfähigkeit senken.

NAIRU und NAWRU zielen aber nicht nur auf den Arbeitsmarkt, sondern wirken weit darüber hinaus: Sie sind die bestimmende Variable bei der Berechnung des ebenfalls fiktiven und konjunkturunabhängigen **Produktionspotenzials** einer Volkswirtschaft, das definitionsgemäß als erreicht gilt, wenn die „natürliche Arbeitslosenrate“ eingehalten wird. Über das Produktionspotenzial finden sie letztlich auch Eingang in die Berechnung des **strukturellen Defizits der öffentlichen Haushalte** nach Maßgabe der Maastricht-Kriterien und der Schuldenbremsen. Mit der Konsequenz, dass je höher die „natürliche Arbeitslosigkeit“ angesetzt wird, desto geringer die budgetären Spielräume der öffentlichen Hand. Das bedeutet letztlich, dass in Arbeitsmarktsituationen, in denen u.U. eine gezielte staatliche Investitions- oder Nachfragepolitik sinnvoll wäre, genau diese aus budgetären Gründen unterbleiben muss. Das kann man auch als Sich-selbst-erfüllende-Prophezeiung bezeichnen. Gleichwohl ist das eine wesentliche Grundlage des EU-Stabilitätspakts und der daraus abgeleiteten Austeritätspolitik - mit dem bekannt desaströsen Ergebnis von 8 Jahren Dauerkrise.

Mit Blick auf die realen wirtschaftlichen Entwicklungen erweist sich das Konstrukt NAWRU als höchst fragwürdig. Die aus ihr abgeleiteten Prognosen und Empfehlungen haben sich gerade in den Krisenländern der EU als völlig untauglich erwiesen. Ein prägnantes Beispiel ist **Spanien**, wo die Modellrechnungen zu verschiedenen Zeitpunkten zu völlig unterschiedlichen Ergebnisse führten (*Tabelle 3*):

**Tabelle 3: Unterschiedliche NAWRU-Berechnungen für Spanien**

Quelle: [https://circabc.europa.eu/f/kategorie/Economic\\_and\\_Financial\\_Affairs\\_Output\\_Gaps/](https://circabc.europa.eu/f/kategorie/Economic_and_Financial_Affairs_Output_Gaps/)

In der Frühjahrsprognose 2007 ging die EU-Kommission noch von einer sinkenden NAWRU für Spanien aus (**dunkelblaue Linie**). Bereits im Frühjahr 2010 wurde eine im Gesamtverlauf wesentlich höhere und zudem nun rasch steigende NAWRU berechnet (**orange Linie**). Natürlich spielte hier das Einsetzen der Immobilienblase eine Rolle. Aber selbst 5 Jahre nach dem Platzen der Blase wurde die NAWRU 2013 noch einmal in dramatischer Weise nach oben korrigiert, so dass die Kommission ihre Prognose des Jahres 2007 nun mehr als verdoppelte (**hellblaue Linie**). Zwei weitere Jahre später sah dann wieder alles anders aus: Ganz offenbar angesichts der leichten wirtschaftlichen Erholung sollte sich das Bild der strukturellen Arbeitslosigkeit in Spanien wieder verbessert haben (**grüne Linie**).

Aber immerhin galten auch dann noch sagenhafte **18 Prozentpunkte** der **spanischen Arbeitslosigkeit** als **strukturell bedingt**. Das Orakel von Delphi hat zuverlässigere Prognosen erstellt. Ähnliches lässt sich für andere Krisenländer beobachten und für die **11 Erstländer der Eurozone** einschließlich Griechenlands kommt die Kommission gar zu dem Schluss, dass die konjunkturunabhängige, **strukturelle Arbeitslosigkeit** mittlerweile bei beachtlichen **10 Prozent** liegt.

Ein mathematisches Modell, das eigentlich langfristige und aus strukturellen Gegebenheiten resultierende Entwicklungen aufzeigen soll, dann aber von Prognose zu Prognose völlig unterschiedliche Ergebnisse hervorbringt, muss skeptisch machen. Lassen sich aus einem solchen Modell wirklich fundierte wirtschaftspolitische Empfehlungen ableiten? Völlig untauglich waren jedenfalls die Empfehlungen für die südeuropäischen Krisenländer. Dort wurden Modell gemäß genau solche Reformen umgesetzt, die eigentlich zu einem Absinken der strukturellen Arbeitslosigkeit hätten führen müssen. Es wurden

- Tarifsysteme umgekrempelt mit dem Ziel, sie auf die Firmenebene zu verlagern und so die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften zu schwächen,
- Arbeitsmärkte flexibilisiert,
- Kündigungsschutz abgebaut,
- gesetzliche Rentensysteme ausgedünnt usw.

Bedauerlicherweise sind den Berechnungen der Kommission zufolge die NAWRU-Werte genau in diesen Ländern nicht gesunken, sondern am deutlichsten gestiegen.

Zweifel an der NAWRU fördert auch eine **Studie der Uni Linz**<sup>7</sup>: Die hat für 14 EU-Staaten im Zeitraum seit 1985 untersucht, ob die angeblich für strukturelle Arbeitslosigkeit maßgeblichen Rahmenbedingungen einen Bezug zu den NAWRU-Werten dieser Länder aufweisen. Dabei konnten so gut wie **keine Wirkungszusammenhänge** festgestellt werden – wo doch, waren sie statistisch unbedeutend.

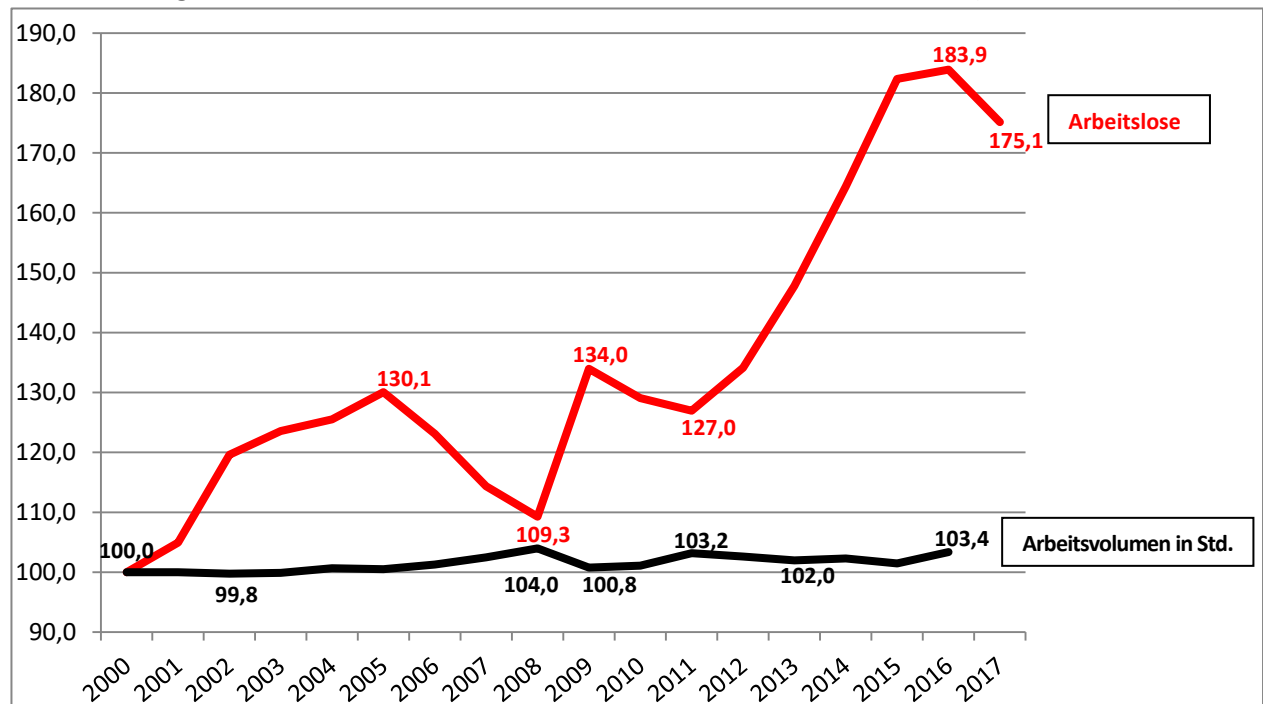
Hingegen fand die Studie einen deutlichen Bezug der NAWRU zu Faktoren, die eindeutig konjunkturbedingt sind, wie z.B. reale Investitionen oder Zyklen auf dem Immobilienmarkt. Sie kommt letztlich zu dem Ergebnis, dass gerade diese **konjunkturellen Faktoren** eine Erklärungskraft für die NAWRU-Werte haben, die gemäß Modellkonstruktion doch eigentlich von eben solchen Einflüssen befreit sein sollen. Unter diesen Vorzeichen ist die von der EU-Kommission gemessene strukturelle Arbeitslosigkeit nichts anderes als ein konstruierter Durchschnittswert der tatsächlichen Arbeitslosigkeit. Also etwas, was sie gerade nicht sein soll.

Statt sich an einer rein mathematisch konstruierten Größe zu orientieren, die eine ungewisse Erklärungskraft besitzt und zu selbsterfüllenden Prophezeiungen neigt, sollte sich Wirtschaftspolitik wieder mehr auf den **beobachtbaren Teil der ökonomischen Welt** konzentrieren. Der liefert zwar kein Futter für das lieb gewonnene Geplapper über Strukturreformen - dafür aber Anhaltspunkte, wie wirkliche Lösungen für die drängendsten ökonomischen Probleme unserer Zeit aussehen könnten.

Man könnte z.B. beginnen mit der Entwicklung der **tatsächlichen Arbeitslosigkeit** in Österreich (*Tabelle 4, rote Linie*). Dabei fiel einem schon mal ganz beiläufig auf, dass die Flüchtlingszuwanderung vielleicht an allem möglichen schuld sein mag, keinesfalls jedoch an der hohen Arbeitslosigkeit.

Man könnte die tatsächliche Arbeitslosigkeit in Beziehung setzen zu der auf dem Markt angebotenen Arbeit, dem **Arbeitsvolumen in Stunden** (*Tabelle 4, schwarze Linie*). Dabei könnte man zu dem Ergebnis gelangen, dass die Arbeitslosigkeit wohl mehr mit dem Arbeitsangebot zu tun hat als mit einem gestiegenen Interesse, sich auf Kosten des Steuerzahlers „durchzuschummeln“ und in eine „soziale Hängematte“ zu legen.

**Tabelle 4: Vorgemerkte Arbeitslose und Arbeitsvolumen in Österreich 2000 bis 2017<sup>8</sup> (Index: 2000 = 100)**



Quellen: AMS Österreich, Statistik Austria

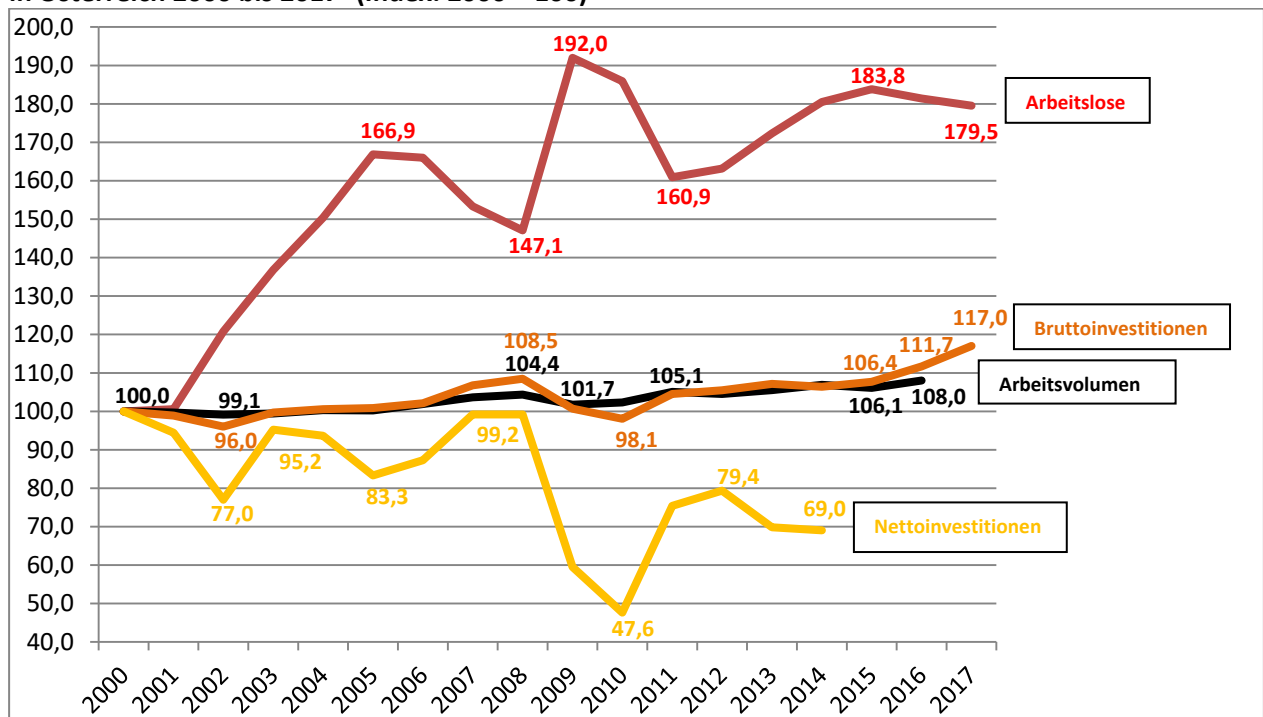
<sup>7</sup> Heimberger, Kapeller und Schütz, 'What's 'structural' about unemployment in Europe: On the Determinants of the European Commission's NAIRU Estimates', ICAE Working Paper Series - No. 47, 2016

<sup>8</sup> Daten für das Arbeitsvolumen (STATISTIK AUSTRIA) liegen nur bis 2016 vor

Dann sollte man das Ergebnis der Linzer Studie ernst nehmen, dass Arbeitslosigkeit und Arbeitsangebot offenbar etwas mit den **Investitionen der Unternehmen** zu tun haben, und sich die Entwicklung der **Bruttoinvestitionen** anschauen (Tabelle 5, **dunkelorange Linie**). Dabei käme man nicht umhin, den Linzern auch für Österreich einfach recht zu geben.

Und letztlich sollte man noch die **Nettoinvestitionen** ergänzen (Tabelle 5, **hellorange Linie**) – das sind die um die Abschreibungen der Investitionen aus den Vorjahren bereinigten tatsächlichen Neuinvestitionen. Die sagen mehr darüber aus, wie viel zusätzliche Beschäftigung geschaffen wurde, als die Bruttoinvestitionen.

**Tabelle 5: Vorgemerkte Arbeitslose, Arbeitsvolumen, Bruttoinvestitionen und Nettoinvestitionen in Österreich 2000 bis 2017<sup>9</sup> (Index: 2000 = 100)**



Quellen: AMS Österreich, Statistik Austria, OeNB, AMECO

Dann braucht man weder die Höhe und Dauer des Arbeitslosengeldes, noch das Ausmaß des gewerkschaftlichen Organisationsgrades, noch den anderen strukturellen Klimbim, um die hohe Arbeitslosigkeit in Österreich zu erklären. **In so einer Situation tut sich nichts am Arbeitsmarkt** und unter diesen Bedingungen muss auch die sog. Sockelarbeitslosigkeit immer höher werden. Wenn dann auch noch der Staat seine Investitionen zurückfährt, wie seit 2008 in Österreich geschehen, ist endgültig tote Hose.

Für eine Verbesserung am Arbeitsmarkt wären folglich dringend **mehr Investitionen** erforderlich. Die Frage ist also, warum Unternehmen nicht investieren bzw. was sie daran hindert. Genau dies hat die EZB 74 große Unternehmen in der Eurozone gefragt.<sup>10</sup> Am häufigsten und an vorderster Stelle wurden genannt:

<sup>9</sup> Daten für das Arbeitsvolumen (STATISTIK AUSTRIA) liegen nur bis 2016 vor, Daten für die Nettoinvestitionen (AMECO) nur bis 2014

<sup>10</sup> ECB, What is behind the low investment in the euro area? Responses from a survey of large euro area firms. ECB Economic Bulletin, Issue 8/2015 – Box 2

1. zu **geringe Wachstumsperspektiven**
2. zu **schwache Nachfrage**
3. bereits **bestehende Überkapazitäten**

Alles drei sind letztlich **nachfrageseitige Faktoren**. Um am Arbeitsmarkt mehr zu bewirken, bräuchten wir also zunächst einmal **mehr Nachfrage**, die in der Folge Investitionen auslöst. Da man in einer Marktwirtschaft niemanden zwingen kann, mehr nachzufragen oder zu investieren, bleibt letztlich nur der Staat als Impulsgeber. Wir brauchen folglich **mehr öffentliche Investitionen** und eine **gezielte staatliche Nachfrageförderung** – also genau das, was mit Schuldenbremsen, strukturellen Defizitgrenzen für öffentliche Haushalte und Modellrechnungen zur strukturellen Arbeitslosigkeit verhindert wird.

Dabei darf **Vollbeschäftigung** nicht mehr nur als nette Nebenwirkung von Geldwertstabilität oder Wettbewerbsfähigkeit betrachtet werden. Sie muss wieder auf ihren Platz als **eines der vornehmsten Ziele wirtschaftlichen Handelns** rücken: **Die Wirtschaft ist dazu da, dass die Menschen von ihr leben können**. Und nur, wenn sie gut davon leben können, entfalten sie auch genügend Nachfrage.

In diesem Kontext hat selbstredend auch **öffentliche Beschäftigung** eine wichtige Funktion: Sie hat z.B. gegebenenfalls einzuspringen, wenn man über Jahrzehnte verschlafen hat, Bildung auf den Stand zu bringen, den man für eine Vollbeschäftigung braucht. Dieses in der Tat strukturelle Problem muss man dann durch Beschäftigungsprogramme ausgleichen – auf jeden Fall solange, bis man seine bildungspolitischen Hausaufgaben gemacht hat.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Friedrich Nietzsche aus seinem Werk *Die fröhliche Wissenschaft* schließen, das meines Erachtens gut zu den fast schon „mystisch“ zu nennenden Rechenmodellen von struktureller Arbeitslosigkeit passt:

**„Die mystischen Erklärungen gelten für tief; die Wahrheit ist, dass sie noch nicht einmal oberflächlich sind.“**